

Küstenschutzabgabe

Wie können Sie uns unterstützen, die Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz auch im Rahmen des Klimawandels sicherzustellen?

Die CDU Schleswig-Holstein stimmt der Auffassung der Insel- und Halligkonferenz ausdrücklich zu, dass es sich beim Küstenschutz um ein Thema handelt, das alle angeht und für das vor diesem Hintergrund auch alle die Verantwortung tragen. Der Bund nimmt seine Verpflichtung wahr, zum Küstenschutz einen erheblichen Beitrag zu leisten, und er muss dies auch in Zukunft tun. Auch das Land Schleswig-Holstein ist bei der Wahrnehmung der Küstenschutz Aufgabe als Ganzes gefordert.

Der Küstenschutz wird in den kommenden Jahrzehnten vor dem Hintergrund des Klimawandels und des im Zusammenhang damit zu erwartenden Anstiegs der Meeresspiegel noch weiter an Bedeutung gewinnen. Deshalb hat die von uns getragene Landesregierung in der zu Ende gehenden Legislaturperiode einen neuen „Generalplan Küstenschutz“ erarbeitet, der einen Deichverstärkungsbedarf auf einer Gesamtstrecke von 93 km identifiziert. Hierfür sind in den kommenden Jahren insgesamt 200 Mio. Euro aufzubringen.

Die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag hat beschlossen, die Einführung einer Küstenschutzabgabe auszusetzen, da bei einer absehbaren Reform der Grundsteuer der Einheitswert für Immobilien als geeignete Bemessungsgrundlage wegfallen könnte.

CO2 Endlagerung

Wie können Sie dazu beitragen, die CCS Technologie in Schleswig-Holstein zu verhindern?

Die Europäische Union fordert die Umsetzung von CCS auf Bundesebene. Die Länderklausel war und ist der einzige gangbare Weg, um CCS für Schleswig-Holstein auszuschließen. Es war ein großer Erfolg vom Ministerpräsident Carstensen und Wirtschaftsminister de Jager, dass die Bundesregierung eine solche Länderklausel in ihren Gesetzentwurf aufgenommen hatte. Dieser Erfolg wurde Schleswig-Holstein im Bundesrat durch SPD- geführte Bundesländer aus der Hand geschlagen. Dennoch treten wir weiterhin für eine Länderklausel in einem CCS-Gesetz ein. Derzeit wird in einer Arbeitsgruppe im Vermittlungsausschuss des Bundestages erneut versucht, diese Länderklausel in das CCS-Gesetz einzubauen. Unverändert lehnt die CDU Schleswig-Holsteins eine CCS-Speicherung in unserem Land strikt ab.

Küstenwache, Sicherheit auf See

Auch wenn primär die Bundesebene angesprochen ist, kann die Landespolitik Einfluss nehmen. Wie können Sie uns an den Schnittstellen zum Bund und den dänischen Nachbarn unterstützen?

In der Tat ist bei der Zusammenfassung der Bundeseinheiten unter ein Kommando primär die Bundesebene angesprochen. Die CDU in Schleswig-Holstein setzt sich für eine möglichst effizient und gut aufgestellte Küstenwache ein. Die diesbezüglich in Februar/März 2012 in Berlin erzielten Fortschritte weisen in die richtige Richtung, auch wenn das Ziel einer nationalen Küstenwache noch nicht erreicht ist.

Eine gut aufgestellte „Sicherheitsstruktur“ in der Nordsee und den Küstengewässern liegt im Interesse der betroffenen Bundesländer und aber auch im Interesse unserer europäischen Nachbarn. Insbesondere hat Schleswig-Holstein ein vitales Interesse daran, dass das maritime Leben- und Wirtschaftsleben mit einer angemessenen Sicherheitsstruktur hinterlegt ist. Als CDU werden wir uns im Bund, in und gegenüber den einzelnen Bundesländern sowie in der Kooperation mit Dänemark und anderen EU-Partnern für kontinuierliche Verbesserungen einsetzen.

Eine grenzüberschreitende Raumplanung im Küstenbereich kann durchaus viele Vorteile bringen– muss dies allerdings nicht jedem Einzelfall. Vor allem ist aber die Realisierung der Netzanbindung von Offshore-Windparks ein Beispiel das zeigt, dass Abstimmungen und Planungen auch zügiger erfolgen können müssen. Die CDU wird in diesen Fragen einen Weg wählen, der den Vorzügen einer koordinierten Raumplanung einerseits und aber auch den berechtigten Interessen des Landes Schleswig-Holstein in angemessener Weise Rechnung trägt.

Mobilität, Anbindung und Erreichbarkeit der Inseln und Halligen einschließlich der Hochseeinsel Helgoland

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Anbindungen der Inseln und Halligen einem Stand entsprechen, der die Teilhabe an der Daseinsvorsorge und dem gesellschaftlichen Leben in Schleswig-Holstein gewährleistet?

Die CDU hat erreicht, dass unser Nationalpark Wattenmeer von der UNESCO als „Weltnaturerbe“ anerkannt wurde. Dies war ein großer internationaler Erfolg, der als Markenzeichen für die Inseln und Halligen zu einem großen touristischen und wirtschaftlichen Faktor geworden ist. Um den touristischen Verkehr im Weltnaturerbe Wattenmeer zu stärken, setzt sich die CDU für eine Beibehaltung der niedrigeren Mehrwertsteuersätze bei der Ausflugschiffahrt ein. Auch die Initiativen zur Einführung eines Fahrgastinformationssystems unterstützt die CDU, sofern Kosten und Nutzen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Gleiches gilt auch für die ganzjährige Erreichbarkeit der Inseln und Halligen.

Die CDU treibt den dreistreifigen Ausbau von Tönning nach Bredstedt konsequent voran. Hierzu gehören auch der Neubau der Störbrücke und der Lückenschluss der A 23 bis 2015. Die CDU unterstützt die berechtigten Wünsche nach Verbesserungen der Streckenanbindung Hamburg –Sylt. Dazu gehören wesentlich pünktlichere Züge und eine zuverlässige Bedingung durch den Betreiber der Strecke. Lange Streiks wie im vergangenen Jahr müssen dabei verhindert werden, denn sie schaden der stark vom

Tourismus geprägten Region und zwingen Pendler auf Autos zurückzugreifen. Gerade in einer Region die mit der guten Seeluft wirbt, sind zusätzliche unnötige Straßenverkehre zu verhindern. Die CDU begrüßt die Beteiligung der Bürger, die Ausschreibung durch die LVS durch Verbesserungsvorschläge und Anregungen zu unterstützen.

Klimaschutz

Wie können Sie die Inseln und Halligen unterstützen, im Spannungsfeld von Küstenschutz, Naturschutz, Anpassung an den Klimawandel, Regionalplanung und kultureller Identität, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten?

Ein bedeutender Aspekt sind die Berechenbarkeit und Verlässlichkeit von Politik. Aus diesem Grunde hat das Agrar- und Umweltministerium des Landes auch einen Fahrplan zur Anpassung an den Klimawandel erarbeitet. Derzeit wird daran gearbeitet, die sehr anspruchsvollen und belastbaren regionalisierten Strategien zu erarbeiten. Selbst wenn die Klimagasemissionen zurückgefahren werden können, wird der Klimawandel vorerst nicht zu stoppen sein und daher ist es wichtig zu erfahren, was uns erwartet. Für erfolgreiche Konzepte der AktivRegionen – auch der Inseln und Halligen – stehen aktuell 18,6 Mio € EU-Mittel für Aufgaben des Klimaschutzes und den Ersatz fossiler Energieträger zusätzlich zur Verfügung. Es kann damit gerechnet werden, dass durch diese Mittel Investitionen von mehr als 100 Mio € auslöst werden. Die Landesregierung stellt zum einen ein jährliches Grundbudget von 250.000 bis 300.000 € zur Verfügung und bündelt darüber hinaus jährlich EU-, Bundes- und Landesmittel für strukturwirksame Leuchtturmprojekte.

Daseinsvorsorge angesichts des demographischen Wandels

Wie können sie die Inseln- und Halligkommunen bei ihren Bemühungen unterstützen, die Daseinsvorsorge nachhaltig zu sichern?

Inseln Schulen werden mit der CDU sichergestellt, da wir uns für den Erhalt des Schulsystems einsetzen. Die SPD will die Regionalschulen abschaffen und würde damit auch den Bestand der bestehenden Schulen gefährden.

Die Inselkrankenhäuser bedürfen einer besonderen Förderung. Diese gewährt das Land durch den so genannten Sicherstellungszuschlag.

Durch das neue Versorgungsstrukturgesetz des Bundes wird den Ländern ein größerer Gestaltungsspielraum bei der ärztlichen Versorgung in den ländlichen Gebieten eingeräumt. Diesen werden wir als CDU nutzen um eine stärker am Bedarf orientierte ärztliche Versorgung sicher zu stellen. Durch die Möglichkeit von Zweitpraxen bei Aufhebung der „Residenzpflicht“ können auch Inselbewohner von einer besseren ärztlichen Versorgung profitieren.

Wir unterstützen das Engagement der KVSH durch Attraktivitätssteigerung die Niederlassungsbereitschaft der Ärzte in unterversorgten Gegenden zu erhöhen und die Kommunen einzubeziehen. Unser Ziel ist es, die sektorübergreifende Kooperation

zwischen niedergelassenen Ärzten und Kliniken weiter auszubauen, um die medizinische Versorgung zu stärken.

Grundsätzlich befürwortet die CDU dass pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben. Daher präferieren wir ambulante Leistungen, die weiter ausgebaut werden müssen, gegenüber der stationären Pflege. Wir unterstützen Modelle, die Anreize für die Betreuung durch Familienangehörige schaffen und setzen uns weiterhin für eine Attraktivitätssteigerung der Pflegeberufe ein.

Die CDU fordert die Einrichtung eines Gesundheitsrates der in Fragen der Bedarfsorientierten pflegerischen und medizinischen Versorgung Konzepte entwickelt und die Landesregierung bei der Verbesserung der Versorgung gerade in unterversorgten Gebieten berät.

Die Lage des Landeshaushalts ist bekanntermaßen schwierig. Daran gemessen ist die Wohnungsbauförderung unter der CDU-geführten Landesregierung auf hohem Niveau fortgeführt worden und es wird mit der CDU auch weiterhin eine nachhaltige Wohnungsbauförderung geben. Hinweisen möchten wir beispielhaft darauf, dass die besondere Problemlage des Wohnraumes auf der Insel Sylt erkannt und angegangen wurde, indem erstmals sog. Kommunale Förderbudgets eingerichtet wurden. Für Sylt sind dabei aus einem Gesamtetat von 240 Mio. Euro vorab 20 Mio. € reserviert worden, die nach Fertigstellung des Wohnungsmarktkonzepts für Sylt im September 2012 bedarfsgerecht mit konkreten Vorhaben belegt werden sollen. Dies sind erhebliche Schritte in die richtige Richtung, die wir weitergehen wollen.